

Neujahrsempfang im Salzlandkreis: „Bei uns wird's nicht langweilig!“

Jörg Lemmert

Am 20. Januar wurde im Salzlandkreis das politische Jahr der LINKEN eingeläutet. Zum traditionellen Neujahrsempfang hatten wieder die Kreistagsfraktionsvorsitzende MdL Sabine Dirlich, der Kreisvorsitzende Lothar Boese, die Landesvorsitzende MdL Birke Bull und der Bundestagsabgeordnete Jan Korte eingeladen.

In neuer Umgebung, im großen Saal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe in der Bernburger Einsiedelsgasse, konnten mehr Gäste denn je begrüßt werden. Unter den knapp 100 Besuchern waren z.B. Bernburgs Oberbürgermeister Henry Schütze und sein Stellvertreter Paul Koller, Nienburgs Bürgermeister Markus Bauer, der Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Bernburg, Thomas Holz und zahlreiche Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Unternehmen aus dem Salzlandkreis.

Während der Kreisvorsitzende die Begrüßung der Gäste übernahm und besonders auf die Kandidatur von MdL Sabine Dirlich für die bevorstehende Landratswahl hinwies, stellte Birke Bull in ihrer Ansprache das Wahljahr 2014 in den Vordergrund und warb für Kandidaturen auf den offenen Listen der LINKEN. Mit Blick auf die zahlreichen Herausforderungen im neuen Jahr meinte die Landesvorsitzende:



Jan Korte, Birke Bull, Sabine Dirlich und Lothar Boese beim Neujahrsempfang

(Foto: privat)

„Auch 2014 wird es bei uns nicht langweilig“.

MdB Jan Korte schaute noch einmal auf die Bundestagswahlen zurück und bedankte sich für die enorme Unterstützung im Salzlandkreis. „Einen ähnlichen Einsatz werden wir auch in diesem Jahr brauchen“, so der Abgeordnete mit Blick auf die Kommunal- und Europawahlen im Mai. Besonders am Herzen lag ihm der Stellenwert der Wahlen in den Kreisen, Städten und Gemeinden: „Hier schaffen wir traditionell die Voraussetzungen für gute bundesweite Ergebnisse. Unsere Stärke in Berlin ist nämlich vor allem von der guten Verankerung vor Ort ab-

hängig.“

Sabine Dirlich sprach von gleich zwei Herausforderungen im neuen Jahr: „Neben der Landratswahl steht auch noch mein 60. Geburtstag an“, so die Landtagsabgeordnete mit einem Augenzwinkern. Mit Blick auf die Kreistagswahlen sprach sie von der LINKEN als „einzig sinnvolle Alternative“ zu SPD und CDU.

Nach den Ansprachen ging es an das ebenfalls von der Stiftung Evangelische Jugendhilfe angerichtete Buffet. Für die musikalische Umrahmung des Abends, der sich mit vielen individuellen Gesprächen fortsetzte, sorgten Vicki und Hannes aus Staßfurt.

Aus dem Inhalt:

- Neujahrsempfang Seite 1
- Strategie der LINKEN zur Europawahl Seite 2
- Sicherheitskonferenz Seite 3
- Wahlkampfcamp/ Kreisvorstand Seite 4
- Gedenken in Staßfurt und Könnern Seite 5
- Scheckübergaben/Sozialzentrum Seite 6
- Ortsversammlung Bernburg Seite 7

Korrektur:

In der letzten Ausgabe der DLZ hatte sich auf Seite 1 ein Fehler eingeschlichen. Wir bitten dies zu entschuldigen und stellen richtig, dass Bert Knoblauch neuer Bürgermeister von Schönebeck ist.

Die Redaktion

Zur Strategie der LINKEN für die Europawahl

Friedrich Schütz

Der Parteivorstand beschloß auf seiner Tagung am 18. Januar die Strategie der Partei DIE LINKE für die Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Aus dem 12 Seiten umfassenden Beschluß können im folgenden nur einige Grundgedanken erwähnt werden. Diese Strategie gut zu kennen, halte ich für eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Der Beschluß beginnt mit folgendem Bekenntnis: „Wir leben in Europa, wir wollen Europa gemeinsam verändern. Gute Nachbarschaft und eine sichere Zukunft für diese und kommende Generationen, ein Leben frei von Angst vor sozialer Not oder staatlicher Überwachung, ein Europa der Bürgerinnen und Bürger statt der Finanzmärkte und Banken, eine Union des menschlichen Miteinanders statt brutaler Abschottung gegenüber den Ärmsten dieser Welt, ein Europa, in dem demokratische Abstimmungen entscheiden und nicht Lobbygruppen in Hinterzimmern - das ist unser Ziel“.

Es wird dann dargestellt, daß es einen „langen Atem“ braucht, um die politischen Kräfteverhältnisse in der Europäischen Union zu verändern und eine Politik durchzusetzen, „die Solidarität, Demokratie und Frieden zum Maßstab gemeinschaftlichen Handelns macht“. DIE LINKE kämpft deshalb „gemeinsam in der Familie der europäischen Linksparteien für einen Politikwechsel“.

DIE LINKE will einen grundlegenden politischen Wandel. Sie sieht in den kapitalistischen Verhältnissen die Ursachen der aktuellen Krisensituation in Europa. Unsere Wähler/innen erwarten von uns, über den Tag hinaus zu denken und dafür politische Angebote zu entwickeln. Sie wollen aber auch „hier und heute Veränderungen erleben und mitgestalten... Für uns besteht darin die Aufgabe moderner sozialistischer Politik“.

Viele Menschen, so heißt es im Be-

schluß, spüren, daß es so nicht weitergehen kann. Jedoch die anderen Parteien haben keinen Plan, wie die Macht der Wirtschaftslobby eingeschränkt und die der Bürger/innen gestärkt werden kann. „DIE LINKE ist die Alternative“. Warum sollte denn diese Wahl nicht zu einem „Volksentscheid werden - nicht gegen Europa, sondern für Europa, für ein anderes Europa. Für unser Europa, ein Europa der Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie!“.

Der Beschluß enthält einen Blick auf die anderen Parteien. Ich beschränke mich hier auf die beiden großen. Zur Union heißt es: Sie hat „die Stärke der Kanzlerin auf ihrer Seite“. Die Kanzlerin wirkt stark, „weil Alternativen schwer vorstellbar sind“. Diese Partei und Angela Merkel wollen „die Konzepte der Agenda 2010 auf die Europäische Union übertragen: noch mehr Markt, noch weniger Staat, noch weniger Regulierung, noch mehr Sozialdumping“.

Die SPD bleibt für viele linke Wähler/innen, mit Blick auf das letzte Jahrzehnt, eine Enttäuschung“. Viele von ihnen werden sich zurückziehen. Ihnen sollte erklärt werden, warum sie zur Wahl gehen und DIE LINKE wählen sollen. Für wichtig halte ich die Feststellung: Im Gegensatz zur Bundestagswahl kann die SPD die Union nicht frontal attackieren.

Als Wahlziel für DIE LINKE „sollte ein zweistelliges Ergebnis im Bereich des Möglichen liegen“. „Erfolgreich können wir damit sein, wenn es gelingt, viele von der Politik und den anderen Parteien Enttäuschte an die Wahlurnen zu mobilisieren und so eine gute Wahlbeteiligung zu erreichen“. Es sei daran erinnert, daß DIE LINKE bei der Europawahl 2009 1.968.325 Stimmen - das waren fast 400.000 mehr als 2005 - gewann und dafür 8 Abgeordnetensitze erhielt (s. DLZ 7/8 2009). In diesem Beschluß werden sieben

Themenschwerpunkte herausgestellt:

- Demokratie stärken. So sollen die Institutionen der EU weiter demokratisiert werden. Unsere Partei wendet sich z.B. dagegen, ganzen Ländern Spardiktate aufzuzwingen, ohne die Bürger/innen gefragt zu haben.

- Gute Nachbarschaft leben. Wir wollen eine europäische Solidarität, so Aufbauprogramme für Krisenstaaten statt Bankenrettungen.

- Sichere Zukunft schaffen. „Wir dürfen Europas Jugend nicht die Zukunft stehlen, sonst hat Europa keine Zukunft.“

- Gerecht Umverteilen. Es geht um Rekommunalisieren statt um Privatisieren und um die wirklich Vermögenden an den Kosten der Krise und der Finanzierung des Sozialstaates zu beteiligen.

- Gegen Bürokratie und Lobbyismus. Hierzu gehört die Forderung nach einer fünfjährigen Wartezeit für Mitglieder der Europäischen Kommission, Regierungsmitglieder u.a. bevor sie ein Amt in der privaten Wirtschaft übernehmen können.

- Gegen eine Militärmacht EU. DIE LINKE will europaweit Militäreinsätze und Rüstungsexporte stoppen, und die EU soll zur Vorreiterin ziviler Konfliktlösungen werden.

- Keine Angst. DIE LINKE will ein Leben frei von Angst. So treibt die politische Rechte nach innen „das Spiel der Angst vor dem Fremden“, und nach außen „praktiziert sie Gewalt gegen Flüchtlinge“. DIE LINKE setzt sich für offene Grenzen ein.

Was die Zielgruppen für diese Wahl betrifft, so geht es erstens darum, die „Kernwählerinnen und Kernwähler“ der Bundestagswahl zu gewinnen. Zweitens sollte sich darum bemüht werden, einen großen Teil der nach der Regierungsbildung enttäuschten SPD- Wähler/innen zu erreichen.

50. Münchner Sicherheitskonferenz – ein Pfarrer als Kriegstreiber?

Frank Godniak

Vom 31.01.2014 bis zum 02.02.2014 fand im Münchner „Bayrischen Hof“ die besagte Sicherheitskonferenz statt. Auch der ehemalige evangelische Pfarrer und jetzige Bundespräsident hielt dort eine Rede. Die Eröffnungsrede. Haupttenor der Rede, die Rolle Deutschlands in der Welt. Allein diese Tatsache ist noch kein Anlass zur Kritik. Allerdings muss man sich auch den Inhalt der Rede ansehen. Stärkeres außenpolitisches Engagement ist das Hauptthema. Nur was meint Gauck konkret damit? Die Katze ist schnell aus dem Sack. Er bringt als Beispiele die Einsätze der Bundeswehr in Mali und einen eventuellen Einsatz der deutschen Armee in der zentralafrikanischen Republik. Gauck fragt sich, ist das „Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit“, wenn die Mehrheit der Deutschen der Ausweitung deutscher Bundeswehreinätze kritisch gegenübersteht, wie gerade wieder eine Umfrage zeigte? Jedenfalls ist Gauck Präsident eines Landes, in dem nur wenige „Hurra“ rufen werden, wenn sie Gaucks Rede hören. * Alles in allem setzt sich Gauck dafür ein, dass die Bundeswehr sich früher und stärker an Kriegseinsätzen im Rahmen des NATO-Bündnisses beteiligen soll. Kann man das als Kriegstreiberei bezeichnen, was Gauck da von sich gibt? Ich denke ja. Als Mitglied unserer Partei und auch als logisch denkender Mensch bin ich gegen jegliche Einsätze der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Die Bundeswehr hat einzig und allein die Aufgabe Deutschland gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Alles andere ist inakzeptabel. Argumente wie Schulen- und Brunnenbau sind Scheinargumente. Der ehemalige Bundespräsident Köhler hat es treffend formuliert. Nicht Deutschland wird am Hindukusch verteidigt sonder es geht um die Sicherung von Ressourcen. Deutschland hat in zwei Weltkriegen



unsägliches Leid über die Welt gebracht. In den 12 Jahren des „1000jährigen Reiches“ saßen viele Menschen in den KZ's der Nazis. Egal ob Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden, Liberale. Sie waren sich in einem Punkt einig. Nie wieder soll so etwas von deutschen Boden der ausgehen. Nie wieder darf sich Deutschland an kriegerischen Handlungen beteiligen. Leider waren diese Schwüre all zu schnell wieder vergessen. Befördert durch tief verwurzelten Antikommunismus und die westlichen Alliierten, voran die USA, begann der kalte Krieg. Er blieb glücklicher Weise kalt. Als dann der sozialistische Staatenblock zerbrach, war der Weg frei für neue deutsche Kriegsabenteuer. Mit Täuschung und List begann die NATO, unter deutscher Beteiligung, das ehemalige Jugoslawien zu bombardieren. Diese Politik setzt sich bis heute in Deutschland

fort. Daraus kann man nicht nur Sozialdemokraten, Schröder beteiligte sich am Balkankrieg, einen Vorwurf machen. Auch Christdemokraten, Grüne und Liberale beteiligten sich. Allein der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wurde nicht nur von CDU/CSU und FDP mehrmals verlängert. Auch SPD und Grüne stimmten regelmäßig zu. Von anderen Kriegseinsätzen ganz zu schweigen. Nur die LINKE hat immer gegen Kriegseinsätze gestimmt.

Die christliche Grundeinstellung ist pazifistisch. Jeder vernünftige Christ wird sich gegen Krieg und Gewalt

wenden. Gauck ist Christ. Als ehemaliger ev. Pfarrer sollte er sich gut mit christlichen Werten auskennen. Aber allem Anschein nach leidet Gauck an Vergesslichkeit oder er hat seine christlichen Werte einfach über Bord geworfen. Anders kann man das Verhalten des ehemaligen Pfarrers und jetzigen Bundespräsidenten nicht einordnen. Wie sonst sollte man seine Forderung nach einer stärkeren Rolle Deutschlands in der Welt, inklusive militärischen Engagements, verstehen? Es kann nur einen Rückschluss geben. Gauck ist in Wahrheit kein Christ. Von der Union ganz zu schweigen. Diese Parteien können getrost das Wort „Christlich“ aus dem Namen streichen.

Es gibt nur einen Weg; Konflikte zu lösen. Dieser Weg heißt Diplomatie. Es ist aus der Geschichte der Menschheit nicht ein Beispiel bekannt, dass Gewalt je Probleme gelöst hätte. Für die Richtigkeit der Behauptung über die Diplomatie gibt es reihenweise Beispiele. Aber mit Diplomatie lassen sich keine Milliarden Gewinne machen. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Statt für gesellschaftlichen Wohlstand zu sorgen, wird das Sozialstaatsprinzip ignoriert um Geld zu scheffeln. Die Münchner Sicherheitskonferenz ist eine Zusammenkunft von Militärs, Waffen-Lobbyisten und sonstigen Kriegstreibern. Wer etwas anderes behauptet ist entweder sehr naiv oder verblendet.

Gesellschaftliche Veränderungen brauchen Zeit. Wir haben gegenüber den nachfolgenden Generationen eine Verpflichtung uns für diese Veränderungen einzusetzen. Schon deshalb dürfen wir uns nicht entmutigen lassen.

*Quelle: Spiegel online vom 31.01.2014

Frank Godniak ist Mitglied im Kreisvorstand

Wahlkampfcamp 2014 – Ein Erfahrungsbericht

Henriette Krebs

Am Samstag, den 01. Februar 2014, waren Elke und ich zu Gast beim Wahlkampfcamp 2014 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Nach einer allgemeinen Begrüßung der Teilnehmenden folgte die Podiumsdiskussion „Aus der Opposition in die Verantwortung!? DIE LINKE in den Wahlen 2014“ mit dem Bundeswahlleiter Matthias Höhn und der Vorsitzenden der RLS Dagmar Enkelmann. Mit Verweis auf die niedrigen Umfragewerte nach dem Göttinger Parteitag, wurde das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 als durchweg positiv gewertet. Wichtig ist es, dass DIE LINKE nicht nur in Wahlzeiten mit Themen wie soziale Gerechtigkeit gleichgesetzt wird, sondern immer als beständiger, sozialer Ansprechpartner wahrgenommen wird. Damit gelingt uns eine deutliche Abgrenzung zur SPD und die Herausarbeitung unserer einmaligen politischen Identität. Im Bezug auf das Wahljahr 2014, wo wir gemeinsam bei 11 Kommunal-, drei Landtags- und der Europawahl für eine maximale Stimmabgabe kämpfen werden, müssen wir unsere Ressourcen gut einteilen. Dabei ist es nicht sinnvoll zu versuchen



Wahlkampfcamp in Berlin (Foto: privat)

der AfD unbedingt die WählerInnen wieder abspenstig zu machen, sondern wir müssen uns vielmehr auf die 370.000 WechselwählerInnen, die zur SPD gewandert sind, und auf die 320.000 NichtwählerInnen konzentrieren, so das Fazit der ReferentInnen. Damit die WahlkämpferInnen auch in diesem Jahr bestens vorbereitet sind, ging es anschließend in die verschiedenen Workshops. Ohne vorherige Absprache haben wir uns beide den Workshop „Kampagnenführung“ bei Susann Scholz-Karas von RLS Sachsen e. V. ausgesucht. Nach einem ersten Kennenlernen berichteten alle 23 SeminarteilnehmerInnen von ihren bisherigen Erfahrungen und ersten mehr oder auch weniger erfolgreichen Kampagnen. Der Austausch zwischen den Genossinnen und Genossen aus dem Saarland, Hamburg, Sachsen-

Anhalt und Berlin stand dabei im Fokus. Nach einem Beispielvideo ging es in die inhaltliche Arbeit. Mediennutzung und welchen Anteil DIE LINKE in den Medien im Zeitraum von 2012 bis 2013 einnahm, wurden untersucht. So belegte beispielsweise Gregor Gysi mit 9 Fernsehauftritten Platz 1 in der Untersuchung von Politikern als Studiogäste in Wahlsendungen. Mit diesem Ergebnis können wir eindeutig zufrieden sein. Nachholbedarf haben wir jedoch noch in den sozialen Netzwerken (Facebook), wo wir viel stärker und vernetzter auftreten müssen, um auch junge WählerInnen und insbesondere die ErstwählerInnen zu erreichen. Auch das Videoportal wie YouTube bietet noch viel Potenzial zur Ansprache. Hilfreiche Hinweise, die es langfristig gilt aufzugreifen und effektiv für uns einzusetzen. Der Workshop endete schließlich mit eigenen Kampagnenpräsentationen wie „Flashmob gegen Genmais“, „Europa in die Herzen“ und „Austausch mit AsylbewerberInnen für eine offene und tolerante Gesellschaft.“

Henriette Krebs ist Mitglied im Ortsverband Bernburg

Kommunalwahlen im Mittelpunkt der Kreisvorstandssitzung

Klaus Magenheimer

Zunächst wertete der Kreisvorstand die umfangreichen Aktivitäten zum Jahresbeginn aus. Im Mittelpunkt standen die Neujahrsempfänge, vor allem der gemeinsame Empfang in Bernburg. Neben dem Oberbürgermeister von Bernburg und dem Ausländerbeauftragten des Salzlandkreises, konnten die Einlader/innen Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden und Organisationen begrüßen, mit denen es eine langjährige Zusammenarbeit gibt. Zahlreich waren auch Genossinnen und Genossen aus den Ortsverbänden und Basisgruppen vertreten. Parteilose Bürgerinnen und Bürger, die auf unseren offenen Listen zur Kommunalwahl antreten wollen,

Die Linke Zeitung 02/2014, Seite 4

wurden ebenfalls herzlich begrüßt. Der Abend wurde in wohlthuender Atmosphäre zu vielen Gesprächen genutzt.

Zahlreiche Gedenkveranstaltungen aus Anlass des 69. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz wurden federführend von uns vorbereitet und hatten eine gute Resonanz. So in Hecklingen, Staßfurt, Nienburg und Schönebeck. Zentraler Punkt der Vorstandsberatung war die weitere Vorbereitung der 11. Kreismitgliederversammlung und der Besonderen Kreismitgliederversammlung am 1. März in Bernburg.

Die Entwürfe der Tagesordnung, der Geschäftsordnung und der Wahlord-

nung wurden diskutiert und als Vorschläge beschlossen.

Der Kreisvorstand verständigte sich zum vorliegenden Kreiswahlprogrammwurf. Zum von der Fraktionsvorsitzenden Sabine Dirlich federführend erarbeiteten und umfangreich verbreiteten Entwurf, wurden sechs teilweise sehr umfangreiche Änderungsvorschläge eingereicht. An zahlreichen Stellen übernahm der Kreisvorstand die unterbreiteten Vorschläge ganz oder teilweise.

Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender

- 1 Kommunalwahlprogramm
- 2 der Partei DIE LINKE
- 3 für den Salzlandkreis
- 4 2014
- 5
- 6 (Antrag an die
- 7 Kreisversammlung)
- 8
- 9
- 10
- 11 **DIE LINKE steht in Opposition zur herrschenden Politik. Sie will dem Kurs der**
- 12 **Umverteilung von Unten nach Oben Alternativen entgegensetzen. Als konsequen-**
- 13 **te Friedenspartei und mit ihrem strikt antifaschistischen Anspruch wird sie ihre**
- 14 **kommunalpolitische Kompetenz im Salzlandkreis einbringen.**
- 15
- 16
- 17

Alternativen sind möglich!

- 18 In der ersten Wahlperiode des neu entstandenen Salzlandkreises hat DIE LINKE die
- 19 Herausforderung angenommen, eine den Menschen zugewandte Politik unter kompli-
- 20 zierten Rahmenbedingungen und unzureichender Finanzausstattung zu entwickeln. Wir
- 21 wollen kommunalpolitische Entscheidungsprozesse stärker in die Gesellschaft hinein
- 22 verlagern, sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorbereiten und umsetzen.
- 23 Obwohl die kommunalen Handlungsspielräume geringer werden, die kommunale
- 24 Selbstverwaltung ihren eigentlichen Sinn zunehmend einbüßt, wollen wir auch zukünftig
- 25 jede kommunalpolitische Entscheidung auf den Prüfstein der sozialen Gerechtigkeit und
- 26 Chancengleichheit stellen. Wir werden stets fragen, ob und wie die Chancen für Be-
- 27 nachteilige verbessert, die vielfältigen Formen des Zusammenlebens von Menschen
- 28 respektiert und die Folgen von Armut durch Hilfe und Selbsthilfe bekämpft werden.
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33

Für eine bürgernahe und transparente Kommunalpolitik

- 34 DIE LINKE will, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten vor Ort weitgehend
- 35 selbst entscheiden können. Sie ist zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Par-
- 36 teien und Bewegungen, mit Gewerkschaften und Kirchen, mit Vereinen und Verbänden
- 37 bereit. Konsequenz werden wir gegen rechtes Gedankengut und seine Erscheinungen
- 38 eintreten.
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43

- 44 DIE LINKE will dass, vor wichtigen Entscheidungen des Kreistages grundsätzlich eine
- 45 Anhörung der davon Betroffenen durchgeführt wird. In der Hauptsatzung des Kreistages
- 46 sollen die Mitwirkungsrechte der Bürger/innen wieder umfassend verankert werden. Bei
- 47 grundsätzlichen Fragen, die viele Bürger/innen betreffen oder die die Privatisierung

- 44 kreiseigener Unternehmen zum Inhalt haben, sind wir für die Durchführung von Bürger-
- 45 entscheidern.
- 46
- 47 Um unsere Arbeit im Kreistag transparenter zu machen, werden wir öffentliche Frakti-
- 48 onssitzungen in verschiedenen Städten und Gemeinden des Landkreises abhalten und
- 49 unser Abstimmungsverhalten im Kreistag und seinen Ausschüssen öffentlich machen.
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62

Für eine bürgerefreundliche Verwaltung

- 63 Verwaltungsstrukturen müssen effektiv sein, sich aber zuallererst an den Bedürfnissen
- 64 der Bürgerinnen und Bürger orientieren. DIE LINKE wird sich deshalb dafür einsetzen,
- 65 dass die jetzt bestehenden Bürgerbüros erhalten bleiben und dabei ein möglichst breites
- 66 Dienstleistungsangebot vorhalten.
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90

- 63 In beratungsintensiven Bereichen – wie der Sozial- und Jugendhilfe – müssen künftig
- 64 wieder fachkundige Mitarbeiter/innen werktätlich in Bernburg und den ehemaligen
- 65 Kreisstädten ansprechbar sein.
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90

- 63 DIE LINKE wird sich darüber hinaus im Kreistag und den jeweiligen Betriebsausschüs-
- 64 sen dafür einsetzen, dass in der Kreisverwaltung und in den Eigenbetrieben sämtliche
- 65 arbeitsrechtlichen Standards eingehalten werden. Tarifliche Anpassungen werden wir
- 66 angemessen in den kommunalen Haushaltsplanungen berücksichtigen und nicht zuläs-
- 67 sen, dass sie gegen kommunale soziale Leistungen ausgespielt werden.
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90

Für eine solidarische Sozial- und Gesundheitspolitik

- 72 Die Gesundheits- und Sozialpolitik im Salzlandkreis muss auf die konkreten Bedingun-
- 73 gen vor Ort ausgerichtet sein. Soziale Daseinsvorsorge heißt dabei für uns, ausreichen-
- 74 de Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangebote für Familien, Senior/innen, Kinder und
- 75 Jugendliche flächendeckend vorzuhalten. Eine integrierte, trägerübergreifende, in der
- 76 Fläche vernetzte und niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang ist dafür un-
- 77 erflässlich.
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90

- 72 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Zugang zu den Leistungen des Persönlichen
- 73 Budgets für die Anspruchsberechtigten zu erleichtern. Darüber hinaus wollen wir die
- 74 personellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen, dass die Bearbeitungs-
- 75 zeiten bezüglich der Betreuung von den Gebühren der Kindertagesstätten verkürzt wer-
- 76 den.
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90

- 85 Der Salzlandkreis organisiert für seine Bürgerinnen und Bürger den Rettungsdienst. DIE
- 86 LINKE wird darauf hinwirken, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Rettungszeiten ver-
- 87 bindlich eingehalten werden.
- 88
- 89
- 90

- 85 Arbeitslose, Menschen mit Behinderung und andere Bedürftige sollen unbürokratisch
- 86 Vergünstigungen und Ermäßigungen bei der Nutzung kommunaler Einrichtungen erhal-

91 ten, um ihnen eine finanziell uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben
92 zu ermöglichen. Wir schlagen dazu die Einführung eines kommunalen Sozial- und Fami-
93 lienpasses vor. Wir werden dafür werben, dass Barrierefreiheit und Familienfreundlich-
94 keit grundlegende Kriterien des Handelns im Salzlandkreis werden. DIE LINKE wird sich
95 auch für die im Salzlandkreis lebenden Asylsuchenden einsetzen und ist für eine mög-
96 lichst dezentrale Unterbringung in angemieteten Wohnungen.
97

98
99 **Für kommunale Arbeitsmarktpolitik, die sich am Menschen orientiert**

100
101 Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren. Hartz IV hat
102 mehr Probleme verursacht als gelöst. Auch wenn DIE LINKE als einzige Partei die
103 Hartz-IV-Reformen stets und zu Recht grundsätzlich kritisiert hat, steht sie über ihre
104 Mandatsträger/innen auch im Salzlandkreis in der Verantwortung bei deren Umsetzung.
105

106 Trotz und gerade wegen unserer Kritik am „System Hartz IV“ setzen wir uns dafür ein,
107 die Lebenslagen der Betroffenen zu verbessern, soziale Ausgrenzung und Schikanen
108 gegen sie zu vermeiden, Diskriminierung anzuprangern und jeden kommunalen Spiel-
109 raum im Interesse der Betroffenen zu nutzen.
110

111 DIE LINKE wird deshalb darauf hinwirken, dass wesentliche Fragen und Richtlinien im
112 Kreisring öffentlich diskutiert und beschlossen werden. Die durch den Landkreis festzu-
113 legenden „angemessenen“ Kosten der Unterkunft wollen wir in einer rechtsverbindlichen
114 Satzung regeln. Voraussetzung hierfür ist die Fortschreibung und Veröffentlichung des
115 sogenannten „schlüssigen Konzeptes“ als Datengrundlage.
116
117

118 **Für eine aktive kommunale Wirtschaftsförderung**

119 Kommunale Wirtschaftspolitik muss eine aktive und gestaltende Rolle spielen. DIE LIN-
120 KE wird eine aufmerksame Ansprechpartnerin sein, damit ortsansässige Industrie,
121 Handwerk und Gewerbe in ihrer Entwicklung unterstützt, die Chancen des ländlichen
122 Raums genutzt und die Potenzien des Kreises als Standort für Wissenschaft und Tech-
123 nik weiter ausgebaut werden können.
124
125

126 Die kommunale Wirtschaftsförderung muss sich auf die Ansiedlung kleiner und mittel-
127 ständischer Unternehmen konzentrieren, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern.
128 Das produzierende Gewerbe, die Erholung und der Tourismus bilden hierbei einen
129 Schwerpunkt.
130

131 Die Frage nach der Tariftreue von Unternehmen muss in öffentlichen Ausschreibungen
132 einen hohen Stellenwert haben. Die Forderung „Gute Arbeit – gute Löhne“ ist ein wich-
133 tiges Entscheidungskriterium für linke Mandatsträger/innen.
134

135 Wir werden deshalb dafür werben, dass nicht die Niedrig-Lohn-Unternehmen, sondern
136 ehrliche und seriöse Unternehmen mit dauerhaft tragfähigen und regional verankerten
137 betriebswirtschaftlichen Konzepten sowie guten Arbeitsbedingungen kommunale öffent-

138 liche Aufträge erhalten. Die Vergabe soll dabei so gestaltet werden, dass sich kleine
139 einheimische Betriebe erfolgreich an einer Ausschreibung beteiligen können.
140
141

142 **Für zukunftsfähige kommunale Unternehmen**

143
144 DIE LINKE sieht in den kommunalen Wirtschaftsunternehmen wie dem Kreiswirtschaf-
145 tsbetrieb und der Kreisverkehrsgesellschaft ein wichtiges Element zur Daseinsvorsorge
146 und zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Hier muss die Versorgungssicherheit Vorrang vor
147 Wettbewerbs- oder Gewinnüberlegungen haben.
148

149 Zur Daseinsvorsorge zählt für uns auch eine starke Salzlandsparkasse. Sie stellt die
150 Grundversorgung mit Bankdienstleistungen im gesamten Landkreis sicher und muss
151 weiterhin für alle gut erreichbar bleiben. Die Vergabe von Krediten an Klein- und Mittel-
152 unternehmen muss deren Platz in der Regionalwirtschaft sichern helfen. Im Verwal-
153 tungsrat setzen sich unsere Mandatsträger/innen für bezahlbare Kontoführungsgebüh-
154 ren, maßvolle Dispositionskreditzinsen und die Bereitstellung von Guthabenkonten für
155 alle Bürger/innen und Bürger ein.
156
157

158 Wir sind gegen den Ausverkauf kommunalen Eigentums, in kommunalen Betrieben und
159 Einrichtungen sind kontinuierlich Ausbildungsplätze bereitzustellen und nach Möglichkeit
160 vielen Absolventen berufliche Einstellmöglichkeiten anzubieten, wenn eine unbefristete
161 Übernahme nicht möglich ist.
162
163

164 **Für Chancengleichheit in Bildung, Kultur und Sport**

165 Für DIE LINKE gehören Bildung und Kultur zu den Kernbereichen linker Kommunalpoli-
166 tik. Auch unter den Bedingungen sinkender Schülerzahlen soll ein leistungsfähiges
167 Schulnetz erhalten werden, das den Zugang zu höchster Bildung nicht frühzeitig ab-
168 schneidet. Wir brauchen keine restriktiven Regelungen zur Schulentwicklung seitens der
169 Landesebene, sondern flexible und vernünftige Lösungen vor Ort. Wir fordern Sozialar-
170 beiter/innen an jeder Schule.
171

172 Trotz der finanziellen Zwänge dürfen kulturelle Einrichtungen des Salzlandkreises nicht
173 dem Rotstift geopfert werden. Herausragende kulturelle Einrichtungen, wie die Kam-
174 meralharmonie Schönebeck, das Theater in Bernburg oder das Salzlandtheater Staß-
175 furt sollen so vernetzt werden, dass sich Synergieeffekte ergeben. Solche Einrichtungen
176 gehören, genauso wie Musikschulen, Volkshochschulen und Museen, zum geistig-
177 kulturellen Leben einer Kommune und machen unseren Landkreis attraktiv und lebens-
178 wert.
179
180

181 DIE LINKE will eine ausgewogene kommunale Förderung des Sports. Die Sicherung der
182 unentgeltlichen Nutzung von Sportstätten durch Kinder und Jugendliche im kommunalen
183 Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Erarbeitung eines kommunalen Sport-
184 entwicklungskonzepts ist ein geeignetes Mittel, den Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs-
sowie den Gesundheits- und Rehabilitationssport im Landkreis fest zu verankern. Das

185 Thema Sport muss wieder in einem Ausschuss des Kreistages als Beratungsschwerpunkt etabliert werden.

189 Für eine nachhaltige Umweltpolitik

191 Die vorhandenen Landschafts- und Naturschutzgebiete sollten erhalten, ausgebaut und nach Möglichkeit vernetzt werden. Durch eine Vernetzung bestehender Radwege und der touristischen Infrastruktur sollen die vielfältigen landschaftlichen und kulturellen Potenziale unseres Landkreises erschlossen und weiterentwickelt werden.

196 DIE LINKE sieht im Anbau und der Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung einen wichtigen Beitrag zur Energiewende, soweit dies regional angepasst erfolgt. Sie wird sich aber einem flächendeckenden Ausbau bis zur Ausbildung von Monokulturen entgegenstellen.

201 Aus ökonomischen und ökologischen Gründen sind wir gegen den weiteren Ausbau der Saale und für eine bessere Nutzung der vorhandenen Wasserstraßen durch die Schifffahrt. Wir setzen uns für die Umsetzung eines ökologisch sinnvollen Hochwasserschutzes ein. Wir wenden uns strikt gegen einen möglichen Abbau von Braunkohle in der Egelter Mulde.

208 Für die Entwicklung des ländlichen Raumes

210 Die Zukunft des ländlichen Raumes wird von einer strukturell vielfältigen Wirtschaft geprägt. Neben der traditionellen Wirtschaft geht es vor allem um Wirtschaftszweige mit hohem Innovationspotential, wie dem Anbau und der Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe in ökologisch vertretbarem Maße. Lebendige ländliche Räume bedürfen einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Aktivierung aller Möglichkeiten vor Ort. Regionale Wirtschafts- und Stoffkreisläufe durch Anbau, Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung einheimischer Produkte sind eine Möglichkeit die Wirtschaftskraft des Salzkamphores zu entwickeln. Dazu sind die Ansätze der regionalen Entwicklungskonzepte zu nutzen und die Vorschläge zu den „Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten“ weiter auszubauen und umzusetzen.

221 Besonders wichtig für die Bürgerinnen und Bürger des ländlichen Raums ist die Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs. DIE LINKE bekennt sich eindeutig zur Sicherung der Mobilität für alle Bürger/innen als eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der öffentliche Personennahverkehr wird nur dann besser ausgelastet, wenn er attraktiver wird. Da wo reguläre Linienbusse nicht annähernd effizient verkehren, muss mit Hilfe von Rufbussen die Mobilität im ländlichen Raum gesichert werden. DIE LINKE wird sich im Kreistag und im Aufsichtsrat der Kreisverkehrs-gesellschaft für bürgerfreundliche Verbindungen zwischen den Gemeinden und Städten des Salzkamphores einsetzen.

229
230
231

E I N L A D U N G

Liebe Genossin, lieber Genosse,

hiermit bist Du herzlich zur **Kreismitgliederversammlung** eingeladen. Sie findet statt am: **Samstag, den 01. März 2014**

ab: **10.00 Uhr**
im: **Schülerfreizeitzentrum „Schülerland“ in Bernburg, Große Einsiedelgasse 6a**
Die Große Einsiedelgasse ist eine Nebenstraße der zentralen Friedensallee im Stadtzentrum von Bernburg. Da direkt im Hof des Schülerfreizeitzentrums oder auf der Straße davor nur wenig Parkplätze zur Verfügung stehen, muss in umliegenden Straßen oder auf dem zentralen Parkplatz auf dem Rheinleplatz (samstags kostenfrei, 5 Minuten Fußweg) geparkt werden.

Die Versammlung gliedert sich in zwei Teilversammlungen. Die **Allgemeine Mitgliederversammlung** (Beginn 10 Uhr) diskutiert und beschließt vor allem das Wahlprogramm unseres Kreisverbandes zu den Kommunalwahlen, insbesondere den Kreiswahlen, am 25. Mai dieses Jahres. Dazu sind alle Mitglieder des Kreisverbands stimmberechtigt. Die **Besondere Mitgliederversammlung** im Anschluss wählt die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN zur Kreiswahl sowie zur Landratswahl im Salzkamphor. Hier sind alle zur Kreiswahl im Salzkamphor wahlberechtigten Mitglieder der LINKEN stimmberechtigt.

Die Vorschläge zur Tagesordnung (Ablaufplan) und zur Geschäftsordnung beider Versammlungen sowie zur Wahlordnung entnehmen bitte den Anlagen zu dieser Einladung. Beide Versammlungen sind öffentlich. Interessierte Gäste sind wie immer gern gesehen.

Mit solidarischen Grüßen


Kreisvorsitzender

Allgemeine Mitgliederversammlung

T A G E S O R D N U N G (Vorschlag)

1. Beginn der Versammlung: 10.00 Uhr
2. Begrüßung und Eröffnung
3. Konstituierung der Versammlung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschluss der Geschäftsordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Wahl der Antragskommission
4. Rede des Kreisvorsitzenden
5. Finanzbericht der Kreisratschatsmeisterin
6. Rede der Vorsitzenden der Kreisratstraktion, Einbringung des Wahlprogrammes für die Kreiswahl
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission, Bestätigung des Berichts und Feststellung der Beschlussfähigkeit der Versammlung
8. Aussprache zu den Reden und zum Entwurf des Kreiswahlprogramms
9. Abstimmung von Änderungsanträgen und Beschlussfassung des Kreiswahlprogramms, ggf. Abstimmung weiterer Anträge
9. Sonstiges

G E S C H Ä F T S O R D N U N G (Vorschlag)

1. Die Kreisversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Ortsverbände mit mindestens je einem Mitglied vertreten ist. Die Beschlussfähigkeit wird durch den Bericht der Mandatsprüfungskommission festgestellt. Dieser ist durch die Versammlung zu bestätigen.

- Die Leitung der Versammlung erfolgt durch die in offener Abstimmung gewählte Versammlungsleitung.
- Der Ablauf erfolgt entsprechend der beschlossenen Tagesordnung.
- Die Versammlungsleitung kann die Redezeit in der Aussprache begrenzen. Auch Gästen kann das Wort erteilt werden. An Diskussionsredner/innen können kurze Anfragen gestellt werden.
- Anträge allgemeiner Art sind bis zwei Wochen vor dem Versammlungstermin schriftlich bzw. per E-Mail dem Kreisvorsitzenden zuzuleiten. Danach sind nur noch begründete Dringlichkeitsanträge möglich.

Anträge zum Kreiswahlprogramm sind ebenfalls schriftlich dem Kreisvorsitzenden bzw. der Antragskommission zuzuleiten. Sie sind noch in der Versammlung bis zur Endabstimmung des Kreiswahlprogramms möglich.

Anträge zur Geschäftsordnung und zum Ablauf der Versammlung können durch stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung jederzeit mündlich gestellt und begründet werden. Sie müssen sofort behandelt und abgestimmt werden.

- In der Antragsdebatte erhält zunächst der/die Antragsteller/in das Wort.
- Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Aktives Stimmrecht haben alle anwesenden Mitglieder des Kreisverbands.

Besondere Kreismitgliederversammlung

T A G E S O R D N U N G (Vorschlag)

Beginn der Versammlung: nach Abschluss der 11. Kreisversammlung

- Konstituierung der Versammlung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschluss der Geschäftsordnung
 - Beschluss der Tagesordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Wahl eines/r Schriftführers/in
 - Wahl von zwei stimmberechtigten Teilnehmern der Versammlung zur Erklärung an Eides Statt
- Vorstellung der Bewerber/innen für die Kreisratswahl
- Vorstellung der Bewerber/innen für die Landratswahl
- Beschluss der Wahlordnung
- Wahl der Wahlkommission
- Wahl der Bewerber/innen für die Kreisratswahl und die Landratswahl
- Bekanntgabe der Wahlergebnisse und ihre Bestätigung durch offene Abstimmung
- Sonstiges
- Schlusswort

G E S C H Ä F T S O R D N U N G (Vorschlag)

- Die Besondere Kreismitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Ortsverbände mit mindestens je einem stimmberechtigten Mitglied vertreten ist. Die Beschlussfähigkeit wird durch den Bericht der Mandatsprüfungskommission festgestellt. Dieser ist durch die Versammlung zu bestätigen.
- Stimmberechtigt sind Mitglieder der LINKEN, die im Sitzlandkreis zur Kreisrats- und Landratswahl am 25.05.2014 aktiv wahlberechtigt sind.
- Die Leitung der Versammlung erfolgt durch die in offener Abstimmung gewählte Versammlungsleitung.
- Der Ablauf erfolgt entsprechend der beschlossenen Tagesordnung.
- Anträge zur Geschäftsordnung und zum Ablauf der Versammlung können durch stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung jederzeit mündlich gestellt und begründet werden. Sie müssen sofort behandelt und abgestimmt werden.
- Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Aktives Stimmrecht haben alle anwesenden Mitglieder des Kreisverbandes.

- Die Redezeit zur Vorstellung der Kandidat/innen zur Kreisratswahl beträgt maximal drei Minuten, der Kandidat/innen zur Landratswahl maximal fünf Minuten. Auf Antrag kann die Versammlung in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

W A H L O R D N U N G (Vorschlag)

- Die Wahlen erfolgen geheim. **Wahlberechtigt** sind alle anwesenden zur Kreisratswahl im Sitzlandkreis wahlberechtigten Mitglieder der LINKEN. **Wählbar** als Bewerber/innen für die Kreisratswahl sind Bürger/innen des Sitzlandkreises, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben (Nichtwählbarkeit siehe § 28 LKO-LSA). Die Wählbarkeit als Bewerber/in für die Landratswahl bestimmt sich nach § 48 LKO-LSA.

- Die **Aufstellung** der Kandidat/innen und Kandidaten wird durch die Versammlungsleitung geleitet. Jeder aktiv oder passiv wahlberechtigte Teilnehmer/in der Versammlung hat das Recht,
 - seine Kandidatur mündlich oder schriftlich zu erklären
 - Vorschläge zur Kandidatur anderer zu unterbreiten
 - Fragen an die Kandidat/innen und Kandidaten zu richten
 - zu Kandidat/innen und Kandidaten Meinungen zu äußern
 - Erklärungen zu Kandidaturen abzugeben.

Die Versammlung beschließt in offener Abstimmung über den Abschluss der jeweiligen Kandidat/innenliste.

- Die Wahlen werden von einer aus vier Mitgliedern bestehenden **Wahlkommission** geleitet. Diese wird durch die Versammlung in offener Abstimmung gewählt. Der **Wahlkommission** darf keine zur Wahl stehende/r Kandidat/in angehören. Sie wählt aus ihrer Mitte die/die/den Vorsitzende/n der Wahlkommission (Wahlleiter/in). Zur Durchführung der Wahl und zur Stimmanzählung kann die Wahlkommission weitere Teilnehmer/innen der Versammlung berufen. Diese dürfen ebenfalls nicht zur Kandidatur stehen.

- Die **Zustimmung** zu den einzelnen Kandidaturen für die Wahlvorschlagslisten zur **Kreisratswahl** erfolgt – für jeden Wahlbereich getrennt – durch den Entzug von maximal zwölf Plätzen (1, 2, 3, ...) hinter den Namen entsprechend der Anzahl der Kandidaten. Wird hinter einem Namen keine Platzziffer eingetragen, gilt die Zustimmung für die/den jeweiligen Kandidat/in als nicht gegeben (= Nein-Stimme). Die Wahl des/der Bewerber/in für die **Landratswahl** erfolgt durch Ankreuzen. Stimmzettel, auf denen je Wahlbereich mehr als zwölf Platzziffern oder höhere Platzziffern als Kandidatenzahlen vergeben sind, ganz durchgestrichen oder auf andere Weise unkenntlich gemacht sind oder aus denen der Wille des Wahlteilnehmers nicht zweifelsfrei hervorgeht, sind ungültig.

- Bei der Nominierung der Kreisratskandidat/innen gelten je Wahlbereich die ersten zwölf mit den niedrigsten Platziffernsursummen als **gewählt**, vorausgesetzt, sie haben jeweils die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Über die **Reihenfolge** auf dem Wahlvorschlag entscheidet die Summe aller abgegebenen Platziffern (kleinste Summe = erster Listenplatz). Vor Namen ohne Platzziffer auf Stimmzetteln trägt die Wahlkommission vor der Berechnung der Summe eine 12 (= letztmögliche Platzziffer) ein. Bei Gleichheit von Platziffernsursummen wird der/die Vorsitzende der Wahlkommission das Los. Um dem Prinzip der **Geschlechterdemokratie** Genüge zu tun, wird im Anschluss die Reihenfolge so verändert, dass einer der beiden ersten Listenplätze und im folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten sind, soweit Bewerber/innen zur Verfügung stehen (§ 10 der Bundessatzung).

- Bei der Wahl der/des Bewerber/in zur Landratswahl gilt der/die Kandidat/in als gewählt, der/die die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Erreicht keine Kandidat/in die absolute Mehrheit, wird in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den Bestplatzierten vorgenommen.

- Über das **Wahlergebnis** ist von den Mitgliedern der Wahlkommission ein Protokoll anzufertigen und zu unterschreiben. Eine weitere Unterschrift leistet der/die Versammlungsleiter/in.

Gedenkveranstaltung in Staßfurt

R.-Peter Schmidt

Anlässlich des 27. Januars, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust, gedachten trotz strengen Frostes am Mahnmal auf dem Staßfurter Friedhof in der Hecklinger Straße etwa 40 Mitbürgerinnen und Mitbürger der in den Tod getriebenen, gequälten, entrechteten, vertriebenen jüdischen Familien und Bürger Staßfurts, der Staßfurter Opfer des politischen Widerstands gegen den Faschismus und der in der Region in KZ- Außenstellen Umgekommen. Auch Oberbürgermeister Rene Zok und seine Frau waren dem traditionellen Aufruf der Staßfurter LINKEN gefolgt. Dem Redner Gerhard Wiest, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Bildung des Staßfurter Stadtrates, gelang es, den Bogen von den Gräueln der Naziherrschaft und deren ökonomischen und sozialen Ursachen bis zu Erscheinungen neofaschistischer Ideologie in der Gegenwart zu spannen. Er mahnte, dass ein Gedenken an die Opfer des Faschismus nicht Aufgabe eines Tages im Jahr, und auch nicht nur die Bewer-

tung von etwas geschichtlich Abgeschlossenem ist, sondern eine Daueraufgabe bleiben muss. Er rief dazu auf, sich um Politik, um die Erziehung der nachfolgenden Generationen und um die Erhaltung kultureller Einrichtungen zu kümmern, damit man sich nicht morgen über Unwissenheit und Unkultur beklagen müsse. „Die Auseinandersetzung mit ultra-rechten Sprüchen und Scheinargumenten beginnt zu Hause am Esstisch und müsse in Schule und sozialen Einrichtungen fortgesetzt werden.“, stellte Gerhard Wiest (DIE LINKE) klar.

Der Faschismus habe gezeigt, dass eine bürgerliche Kultur geistig reif gemacht werden konnte, moralische Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens mit Füßen zu treten, so Wiest weiter. Er würdigte die Stolperstein - Aktion und verwies darauf, dass Staßfurter Schulen mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ eine hohe Verpflichtung eingegangen sind. Abschließend ermunterte er die Anwesenden, Courage zu zeigen gegen großwahnsinnige

Allmachtsallüren und Chauvinismus, gegen Hass gegenüber Andersdenkenden, gegen Ausgrenzung von Menschen aus unserer Gesellschaft, gegen vereinfachende Freund- und Feindbilder, gegen Einteilung von Menschen in höherwertig und minderwertig, gegen Verherrlichung von Gewalt oder Krieg und gegen andere faschistoide Erscheinungen.

Klaus Magenheimer, Mitglied des Vorstandes der Staßfurter LINKEN zur Mahn- und Gedenkveranstaltung: „Wir haben eine sehr gute Veranstaltung erlebt. Einen wesentlichen Grund hat dafür natürlich die Rede von Gerhard Wiest geliefert.“

Neben dem Kreisvorsitzenden der LINKEN, Dr. Lothar Boese, waren Stadträte, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, der Ausländerbeauftragte des Salzlandkreises, Genossinnen und Genossen aus Staßfurt und Hecklingen und weitere Teilnehmer von SPD und CDU in den Reihen der Teilnehmer zu finden.

Gedenkveranstaltung in Könnern

Martina Schaar

„Die Erinnerung darf nicht enden, sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Roman Herzog

Am Sonntag, dem 26.01.2014 fand in Könnern eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Etwa 30 Bürger der Stadt Könnern, unter ihnen auch der Bürgermeister Rainer Sempert, die Landtagsabgeordnete Frau Take und der Pfarrer Stephan Hansch aus Wernigerode waren am späten Nachmittag erschienen.

Am 9.4.45 wurden 3000 Häftlinge aus dem Außenlager von Buchenwald, Langenstein-Zwieberge, auf einen 320 km langen Todesmarsch

Die Linke Zeitung 02/2014, Seite 5



Rede der Ortsvorsitzenden (Foto: privat)

geschickt. Dort hatten sie in der Rüstungsproduktion unter Tage gearbeitet. Viele von ihnen überlebten diese Strapazen nicht. 15 dieser, bis vor kurzem noch namenlosen Häftlinge, sind auf dem Friedhof in Könnern begraben. Mittlerweile wurden die Namen von einer Forschungsgruppe ermittelt. Sie sollen noch in diesem Jahr an der

Gedenkstätte angebracht werden. Die Teilnehmer des Gedenkens entzündeten für jeden ermordeten Häftling ein mit dessen Namen beschriftetes Grablicht, welche Frau Take gespendet hatte. Außerdem wurden Name, Alter, Heimatland und Herkunfts-KZ der Ermordeten verlesen sowie anschließend Blumen der Gemeinde aus Wernigerode niedergelegt.

Die Basisorganisation „Die Linke“ Könnern legte ein Grabgesteck nieder. Der winterliche Abend, die Kerzen und Blumen, aber auch die Worte des Pfarrers, des Bürgermeisters, der Landtagsabgeordneten und der BO-Vorsitzenden trugen zu einer sehr bewegenden Gedenkveranstaltung bei.

Martina Schaar ist Ortsvorsitzende in Könnern

Besuch des Bernburger Sozialzentrums

Jana Lankau

Am 22. Januar besuchte Birke Bull im Rahmen eines Wahlkreistages das neue Sozialzentrum in Bernburg. Es beherbergt die Obdachlosenunterkunft, die Tafel, eine Suppenküche sowie ein Möbellager. Suppenküche, Tafel und Möbellager werden durch Spenden finanziert und durch Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes bzw. Teilnehmer/innen am Bundesfreiwilligendienst betrieben.

In der Obdachlosenunterkunft gibt es 30 Schlafplätze, die glücklicherweise nicht ausgelastet sind. So betrachteten es die Gesprächspartner/innen Sozialdezernent Herr Koller, Sozialamtsleiterin Frau Hajek-Hoffmann, Heimleiterin Frau Otto als Erfolg, dass derzeit nur 12 Klienten im Haus wohnen. Herr Koller machte deutlich, dass die Pflichtaufgabe der Stadt lediglich darin besteht, Wohnungslosen ein Dach über dem Kopf zur Verfügung zu stellen. Bernburg engagiert sich darüber hinaus auch in der Prävention. „Jeder, der nicht im Haus ist, ist ein Riesenerfolg.“, so Koller. Ursache für Obdachlosigkeit ist häufig eine unheilvolle Spirale, die mit Arbeitslosigkeit und entsprechenden Entwertungsgefühlen beginnt, häufig den Verlust des Partners und sozialer Kontakte mit sich führt, später durch Alkoholmissbrauch dazu führt, dass man ein-



Birke Bull informiert sich im Sozialzentrum (Foto: privat)

fachste Dinge nicht mehr regeln kann, (Miet)Schulden anhäuft und letztlich die Wohnung verliert. „Wenn wir nicht wollen, dass jemand hier Jahre verbringt, müssen wir uns etwas einfal- len lassen.“ So gibt es einerseits feste Regeln im Haus, nach denen um 9.00 Uhr die Zimmer verlassen werden müssen. Es wird versucht, eine Struk- tur in den Tagesablauf zu bringen. Die Bewohner können das Haus verlas- sen, oder die Gemeinschaftsräume nutzen. Die Zubereitung der Mahlzei- ten erfolgt eigenverantwortlich. Ande- rerseits wird durch Hilfe bei Ämtergän- gen versucht, Wege aufzuzeigen, die aus der Obdachlosigkeit herausfüh- ren. So waren in einigen Fällen die Vermittlung in Pflegeheime, in Lang- zeittherapien oder betreute Wohnfor- men erfolgreich. Die Stadt hat auch die Möglichkeit genutzt, selbst betrie- benen Wohnraum zu vermitteln.

In manchen Fällen stoßen die Sozial- pädagoginnen aber an ihre Grenzen.

Hier wünschen sich die Verantwortli- chen Unterstützung durch einen Psy- chologen. Leider ist das nicht finan- zierbar. Es soll nun geprüft werden, ob es Möglichkeiten gibt, die Einglie- derungshilfe dafür zu nutzen. Diese Mittel stehen Menschen mit Behinde- rungen zu, um ein selbstbestimmtes Leben zu organisieren. Bisher biss die Stadt bei der Beantragung bei der So- zialagentur auf Granit.

Armut und erst recht Obdachlosigkeit sind Probleme, die die Gesellschaft selbst produziert. In dieser Hinsicht haben wir kein Erkenntnis- sondern ein Handlungsproblem. Man kann Menschen nicht unbegrenzt fallen lassen. Ständige Abstufung nach un- ten aus Erziehungszwecken motiviert nicht, es muss eine Grenze nach un- ten geben - die Wohnung muss blei- ben. Den Rückweg in die Gesellschaft zu organisieren, ist unter anderem deshalb so schwierig, weil wir ihn aus unserer Perspektive suchen. Es gibt Angebote, aber sie sind offensichtlich nicht erfolgreich genug. Es bleibt eine Lücke zwischen Angeboten und Be- troffenen, die manchmal darin begrün- det ist, dass das Problembewusstsein fehlt. Psychologen könnten da eine Hilfe sein, aber auch nur dann, wenn sich die Klienten auf diese Art der Be- ratung einlassen.

Scheckübergaben von MdB Jan Korte in Bernburg

Jörg Lemmert

An seinem ersten Wahlkreistag im neuen Jahr im Salzlandkreis standen am Montag neben dem Neujahres- empfang auch noch zwei Scheck- übergaben für Jan Korte auf dem Programm. Über Unterstützung vom Fraktionsverein der LINKEN im Bun- destag durften sich gleich zwei Verei- ne aus der Saalestadt freuen.

Im Bernburger Bürgerbüro begrüß- te der Abgeordnete Karsten Mäd- el von der Verkehrswacht, der sich seit ca. 5 Jahren für den Verein einsetzt, der in der Saalestadt und 22 weiteren Städten in Sachsen-Anhalt aktiv ist. Verkehrserziehung bei Kindern und



200 € für die Verkehrswacht (Foto:privat)

Jugendlichen gehört dabei zu den Ar- beitsschwerpunkten. Als Vorsitzender der Bernburger Verkehrswacht konn- te Herr Mäd- el einen Scheck über 200 Euro von Jan Korte entgegennehmen, mit dem die Ausrüstung des Vereins verbessert werden soll.

Auch der Vorstand vom Vorhang auf

e.V. aus Bernburg wollte die techni- schen Voraussetzungen für die Auftrit- te des Vereins verbessern und wand- ten sich an die Bundestagsfraktion. Der Antrag wurde genehmigt und am Montag gab es von Jan Korte den Scheck, den der Vorsitzende Volker Zappe gerne entgegennahm. Mit 500 € wird der Verein unterstützt, der vor allem Kinder und Jugendliche für The- aterprojekte begeistern möchte. Dar- über hinaus gab es auch noch einen Scheck vom Förderverein der Land- tagsfraktion der LINKEN, den MdL Bir- ke Bull mitgebracht hatte.

LINKE Bernburg wählte neuen Ortsvorstand

Jörg Lemmert

Am 12. Februar kamen ca. 30 Mitglieder und Sympathisanten des Ortsverbandes der Bernburger LINKEN zur ersten Ortsversammlung im neuen Jahr im Begegnungszentrum der Volkssolidarität zusammen. Im Mittelpunkt stand dabei die Wahl eines Ortsvorstandes, die turnusgemäß alle zwei Jahre durchgeführt wird.

Gleich 13 Mitglieder wurden in das nun vergrößerte Gremium der Bernburger LINKEN gewählt. Bei der Wahl zum Vorsitzenden setzte sich Jörg Lemmert gegen den bisherigen Ortschef Peter Trenschi durch. Der 32-jährige neue Vorsitzende ist bereits seit mehreren Jahren Mitglied im Ortsvorstand und im Kreisvorstand der Partei. In seinem Rechenschaftsbericht zog Peter Trenschi eine positive Bilanz für die letzten zwei Jahre und erwähnte u.a. den erfolgreichen Bundestagswahlkampf und die Durchführung vieler öffentlichkeitswirksamer Veran-



Der Bernburger Ortsvorstand (Foto: privat) staltungen der Ortspartei. Außerdem konnten er und die Mitglieder des Ortsverbandes sich über eine positive Entwicklung bei den Mitgliedzahlen freuen. Gut 80 Mitglieder engagieren sich momentan bei der Bernburger LINKEN.

Neben der Vorstandswahl beherrschte die Kommunalpolitik die Ortsversammlung. In Vorbereitung auf die Stadtratswahl im Mai wurde der bereits vorliegende Entwurf eines Wahlprogramms diskutiert. Bei einer Wahlversammlung am 10. März soll dieses

endgültig beschlossen werden. An diesem Tag wird außerdem die Liste der LINKEN für die Stadtratswahl aufgestellt, für die noch weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger gesucht werden.

Der neue Vorsitzende schaute optimistisch auf die nächsten Herausforderungen der Partei: „Jetzt geht es vor allem darum, die Kommunalwahlen gut vorzubereiten, um im Frühjahr optimale Ergebnisse zu erzielen. Mit dem neuen Vorstand haben wir jetzt eine schlagkräftige Truppe, mit der das gelingen wird.“, so Jörg Lemmert, der jetzt von folgenden Mitgliedern unterstützt wird: Elke Rehmann und Maik Mingo (stellvertretende Ortsvorsitzende); Christine Bittner, Rita Dietrich, Petra Giest, Jana Lankau, Angelika Trenschi, Eberhard Balzer, Rainer Grey, Karsten Noack, Ralf Prozell und Peter Trenschi (Mitglieder des Ortsvorstandes).

Politstammtisch zum Thema Wohnen

Klaus Magenheimer

Zum ersten Stammtisch 2014 hatte die Staßfurter LINKE das Thema Miete auf der Agenda. Zur Veranstaltung waren neben GenossInnen und Angehörigen des Wohnungsunternehmens auch MieterInnen gekommen. Sie kamen mit dem Vorsitzenden der Mietervereine Bernburg und Staßfurt, Prof. Kaufmann, mit MdL Guido Henke, einer Reihe von Stadträten und dem Geschäftsführer des Unternehmens zu einem durchaus sachlichen Gespräch. Aktuelles Anliegen waren die vielerorts geäußerten Sorgen um eine mögliche Privatisierung des Wohnungsbestandes. Massenhaften Protest mit einer Unterschriftensammlung führte dazu, dass sich der Stadtrat im Dezember zu einem Restrukturierungskonzept bekannte.

Diesem war jedoch eine lange Auseinandersetzung in Ausschüssen vorangegangen. Stadträte bildeten einen Sonderausschuss, der sich ganz konkret und intensiv mit der Situation beschäftigte und Maßnahmen festlegte,

die in diesem Konzept zusammengefasst wurden.

Der Vorsitzende des Mietervereins machte an Hand von vielfachen Erfahrungen deutlich, „ein Verkauf von Wohnungen hat noch nie den Mietern und der Kommune Vorteile gebracht.“ Verträge und Zusagen, wie diese einer Sozialcharta, wurden nicht eingehalten. Die Ansprechpartner vor Ort fehlten und häufig wechselten gar die Besitzer.

Er unterstützt den jetzt in Staßfurt eingeschlagenen Weg und warnte erneut, auch aus Erfahrung aus dem näheren Umfeld – „Hände weg vom Verkauf kommunalen Eigentums!“

Der wohnungspolitische Sprecher der LINKEN, MdL Henke – stellte die berechnete Frage: „Was macht ein Privater besser – dass wir uns mit ihm einlassen sollten?“ Da der Bedarf nach altersgerechten Wohnungen groß ist, sollten durch Nutzung von Förderungen gerade hier weitere Veränderungen angestrebt werden. Dabei ist

auch die Meinungsfindung mit den Mietern ein wichtiges Aufgabenfeld für die Geschäftsführung. Erneut kritisierte er die bundespolitisch ungelöste Altschuldenproblematik.

Einige vom Geschäftsführer vorgestellte Lösungsansätze, wie zum Beispiel die Bündelung von Leistungen und die Zusammenarbeit mit Partnern wie Volkssolidarität, Lebenshilfe und Stiftung Waisenhaus und personelle Umstellung werden neben der Stilllegung von Wohnungen zur Senkung der Einnahmeverluste führen. Diese Aussichten begrüßen auch die anwesenden MieterInnen.

Mit der Diskussion am Stammtisch wurde deutlich, die Wohnungsgesellschaft muss sich der Stadtentwicklung ständig stellen und alles unternehmen, um für die eigenen Mieter attraktiv zu bleiben. Die Stadtratsfraktion wird auch in Zukunft darauf drängen, dass die Maßnahmen zügig umgesetzt werden und die Mitglieder des Ausschusses ständig am Ball bleiben.

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Februar
recht herzlich

zum 90. Geburtstag
Edeltraut Mäkel

zum 87. Geburtstag
Dorothea Hesse
Gerda Speik

zum 83. Geburtstag
Alfred Müller

zum 82. Geburtstag
Wilhelm Drange
Willi Wolter

zum 81. Geburtstag
Rudi Baldt
Wolfgang Grötschel
Horst Hepting

zum 80. Geburtstag
Helga Wilke
Hans Joachim Berndt
Rolf Splettstößer

zum 75. Geburtstag
Martha Steinecke

zum 65. Geburtstag
Dieter Eigenwillig



Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Februar
Geburtstag haben

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
05.03.2014 um 18 Uhr im Fraktions-
büro in Staßfurt.

DIE LINKE Aschersleben vor Ort im Gespräch

Am 13.03.2014 um 10 Uhr auf dem
Holzmarkt in Aschersleben.

Wahlversammlungen im Salzlandkreis

In den nächsten Wochen finden
zahlreiche Versammlungen zur
**Verabschiedung von Wahlpro-
grammen und Aufstellung von
KandidatInnenlisten** statt. Hier
einige Termine:

Listen und Programme für...

...Kreistag:

01.03.2014, 10 Uhr in Bernburg
(siehe Beilage DLZ!)

...Bernburg und Ortsteile:

10.03.2014, 18 Uhr, „Alte Molkerei“

...Staßfurt und Ortsteile:

15.03.2014, 10 Uhr, Grundschule
Nord

...Schönebeck und Ortsteile:

26.02.2014, 16 Uhr,
Volkssolidarität

...Aschersleben, Seeland und Ortsteile:

25.02.2014, 17 Uhr, „Rondell“
Aschersleben

Nienburg und Ortsteile:

12.03.2014, 19 Uhr, „Nienburger
Schiffchen“

Hecklingen und Ortsteile:

28.02.2014, 17 Uhr, Friedrichstr. 23

VG Saale-Wipper und Ortsteile:

22.03.2014, 10 Uhr „Deutsches
Haus“ Güsten

Staßfurter Politstammtisch

Am 12.03.2014 um 17 Uhr in
Meyer's Bräustüb'l

Hartz IV-Infogespräche im Staß- furter Bürgerbüro

Am 03.03.2014 steht **MdB Hali-
na Wawzyniak** von 11:00 Uhr bis
13:30 Uhr wieder für konkrete An-
fragen zur Verfügung. Interessenten
lassen sich bitte einen Termin unter
03471/622947 geben.

Das nächste **Erwerbslosenfrüh-
stück im Bernburger Bürgerbüro**
findet am 31.03.2014 um 10 Uhr
statt. Prof.Kaufmann steht dieses
Mal für Fragen des Mietrechts zur
Verfügung.

Internationaler Frauentag

Allen GenossInnen, Sympathisantin-
nen und Leserinnen unsere besten
Wünsche!

Viel Erfolg auch weiterhin bei der
Verwirklichung des Rechts auf
Selbstentfaltung in und außerhalb
der LINKEN.

Kreisvorstand und Redaktion.

Frauentagsfeiern im Salzlandkreis

Am 07.03.2014 ab 15:30 Uhr in

Bernburg: Saal der Stiftung ev.
Jugendhilfe (Gr. Einsideslgasse 6a),
Kaffee und Kuchen mit Kabarettpro-
gramm von M!PÖRT

Am 08.03.2014 ab 15:30 Uhr in

Amesdorf: Dorfsaal (Kirchstr. 9),
Kaffee und Kuchen mit Kabarettpro-
gramm

Am 08.03.2014 ab 14:30 Uhr in

Könnern: Kaffee, Kuchen und Mu-
sik in der Gaststätte „Gelbe Rose“

„Kaffee mit Links“

Am 12.03.2014 um 16 Uhr im
Bernburger Bürgerbüro

Wahlkreistage von MdB Jan Korte

Am 27.02.2014 in Hecklingen und
am 28.02.2014 in Bernburg

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Mail: dielinke-salzlandkreis@t-on-
line.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),

Joachim Redmann,

Klaus Magenheimer,

Siegfried Mahlfeld,

Stefan Deutschmann

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die Ver-
öffentlichung nicht garantiert werden.